

Kein EU-Geld für Autokraten - Europas Rechtsstaat schützen!



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Die Regierung in Ungarn baut gezielt die Demokratie ab. Premierminister Viktor Orbán gründet
- 2 seine Macht in Teilen auf Korruption und Vetternwirtschaft und nutzt sein Vetorecht als
- 3 nationalistisches Instrument und schränkt damit die Einheit und Handlungsfähigkeit der EU
- 4 ein. Die Arbeit freier Medien und die Rechte von Minderheiten und Geflüchteten werden stark
- 5 eingeschränkt. In den vergangenen Jahren ließen sich auch in anderen EU-Mitgliedstaaten
- 6 ähnliche Versuche beobachten, freie Medien zu bedrohen oder die Justiz anzugreifen.
- 7 Auch die polnische Regierungspartei PiS hat in den vergangenen Jahren einen politischen Kurs
- 8 eingeschlagen, der die Unabhängigkeit der Justiz gefährlich untergräbt. Urteile des
- 9 Europäischen Gerichtshofs werden regelmäßig ignoriert. Die PiS-Partei hat die Rechte von
- 10 Frauen, Angehörigen der LGBTQI-Community, Geflüchteten und vielen anderen angegriffen.
- 11 EU-Regierungen, die die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte nicht respektieren,
- 12 sollten mit entsprechenden finanziellen und politischen Konsequenzen rechnen müssen. Das
- 13 Art. 7 Verfahren, welches zum Entzug des Stimmrechts für Mitgliedstaaten führen kann, ist
- 14 allerdings durch die notwendige Einstimmigkeit im Rat blockiert. Die Bekämpfung von
- 15 Missbrauch und Korruption mit EU-Geldern muss jetzt höchste Priorität haben. Die Verknüpfung
- 16 der Auszahlung von EU-Geldern an Rechtsstaatsprinzipien ist der wichtigste Beitrag der EU,
- 17 um ein Abgleiten vom gemeinschaftlichen Wertekonsens zu verhindern. EU-Gelder dürfen nicht
- 18 missbraucht werden, um die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.
- 19 Ungarn, aber auch Polen, zählen zu den größten Nettoempfängern in der EU. So erhielt Polen
- 20 im Jahr 2020 13,2 Milliarden Euro aus dem regulären EU-Budget und Ungarn 4,9 Milliarden
- 21 Euro. Diese Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten ist wichtig, sie fußt aber auf einer
- 22 gemeinsamen Wertebasis, der sich alle Mitgliedsstaaten mit ihrem Beitritt zur EU
- 23 verpflichtet haben.
- 24 Die Europäische Kommission und ihre Präsidentin Ursula von der Leyen sind die Hüterinnen der
- 25 Europäischen Verträge. Die Kommission ist verpflichtet, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- 26 zu verteidigen. Dafür muss sie die nötigen Instrumente nutzen. Wir begrüßen, dass die EU
- 27 Kommission nun erstmals die Konditionalitäts-Verordnung angewandt hat und Ungarn EU-Hilfen
- 28 in Höhe von 7,5 Milliarden Euro frieren will. Es ist enorm wichtig, dass dieses neue
- 29 Instrument rechtlich absolut einwandfrei und gerichtsfest genutzt und nicht beschädigt wird.
- 30 Über den EU-Wiederaufbaufonds könnten noch weitere 35,4 Milliarden Euro an Polen und 7,2
- 31 Milliarden Euro an Ungarn fließen. Der zuständige EU-Ministerrat hatte im Juni den
- 32 polnischen Wiederaufbauplan unter Auflagen genehmigt, ohne dass die polnische Regierung
- 33 zuvor nennenswerte Justizreformen durchgeführt hat. Damit können nun die 35,4 Milliarden
- 34 Euro in Tranchen an die polnische Regierung ausgezahlt werden, wenn entsprechende

- 35 Meilensteine erfüllt werden. Diese Meilensteine sind allerdings umstritten. Die
36 Verhandlungen zwischen Kommission und ungarischer Regierung über die Genehmigung des
37 ungarischen Wiederaufbauplans dauern noch an.
- 38 Europa muss die Grundrechte der EU-Bürger*innen in allen EU-Ländern verteidigen. Wir müssen
39 dafür sorgen, dass EU-Gelder der Stärkung von Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
40 dienen und nicht in den Taschen von Autokraten und ihren Freunden verschwinden.
- 41 Wir werben bei unseren europäischen Partnern dafür, dass schwerwiegende und anhaltende
42 Verletzungen der EU-Werte Konsequenzen haben, die über haushaltspolitische Maßnahmen
43 hinausgehen.
- 44 Wir BÜNDNISGRÜNE fordern:
- 45 • Die EU-Kommission auf, im laufenden Rechtsstaatsverfahren gegen die ungarische
46 Regierung die Suspendierung von EU-Geldern weiter voran zu treiben und bei
47 fortgesetzten Rechtsstaatsverstößen die Suspendierung weiterer Zahlungen zu
48 beschließen;
 - 49 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat aktiv für ein solches Vorgehen
50 durch die EU-Kommission zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der
51 Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn einzutreten;
 - 52 • Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, die
53 Zahlungsanträge der polnischen Regierung im Rahmen des Wiederaufbaufonds nur zu
54 genehmigen, wenn die vereinbarten Meilensteine erfüllt und die dazugehörigen EUGH-
55 Urteile umgesetzt werden;
 - 56 • Die Europäische Kommission auf, den ungarischen Wiederaufbauplan nur in Abhängigkeit
57 der Behebung der durch die EU-Kommission dokumentierten Rechtsstaatsverstöße zu
58 genehmigen;
 - 59 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat den ungarischen Wiederaufbauplan
60 nur zu genehmigen, wenn die eklatanten Rechtsstaatsmängel behoben werden;
 - 61 • Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge auf, die bestehenden
62 Rechtsstaatsinstrumente konsequent und zeitnah zu nutzen, und die Urteile des
63 Europäischen Gerichtshofs durchzusetzen.